Nr. 160 2. Ausgabe Sonntag, 15. Juni 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 8 97, 17 1 02. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 2.50, mit Platzvorschrift M. 3.— Für Stellen- oder Familien 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 % Sonderrabatt. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Ausgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.70, vierteljährlich M. 5.10. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.85, „ „ 5.55. Postbezug im Ausland: A. Eintragung in den Postlisten. Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M. 1.10. Einz. Numm. 10 Pf.

Clemenceaus Kraftprobe

Von unserm nach Versailles entsandten ☞-Sonderberichterstatter

Versailles, 9. Juni

Unmittelbar nach der Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge und Veröffentlichung der Mantelnote in den Ententeblättern verschanzte sich Frankreichs Ministerpräsident hinter Wilson. „Der Präsident der Vereinigten Staaten ist unnachgiebig; von ihm haben die Deutschen nichts Gutes zu erwarten." So schrieben die Regierungszeitungen. Etwas zu früh erfolgte in der amerikanischen Presse die Berichtigung. Ohne Wilson als einen Widerpart Clemenceaus hinzustellen, versicherte die Washingtoner „Evening Post", daß von einer „unversöhnlichen Haltung des Präsidenten" nicht gesprochen werden könne. Allmählich stellte sich klar heraus, wie zutreffend der Washingtoner Bericht ist. Nicht Wilson, sondern Clemenceau ist der Unnachgiebige. Die sonderbare publizistische Schiebung, die der französische Ministerpräsident mit Wilsons angeblichem Standpunkte vornahm, deutet darauf hin, daß er selbst keine besondere Lust verspürte, die öffentliche Meinung Frankreichs mit der Wahrheit vertraut zu machen, mit der Tatsache, daß er, Clemenceau, mit Tardieu, Pichon, Foch die deutsche Denkschrift ablehnen möchte. Die Mitschuld an der Ablehnung sollte Wilson tragen. Das französische Volk sollte sich sagen: der Präsident stützt Clemenceaus Postulat ....

Nach diesem ersten unverkennbaren Zeichen der Unsicherheit beginnt die große Kraftprobe Clemenceaus. Wird er sein Ziel, die Verhütung mündlicher Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen, durchsetzen? Wird es ihm gelingen, für etwaige Milderungen im Osten „Vergütungen" im Westen herauszuschlagen? Kurz, ist er imstande, bei der zunehmenden innerpolitischen Krise und bei der nachgiebigen Haltung Englands gegen merkantile Wünsche Deutschlands die Kraftprobe aufzunehmen? Der Anfang spricht eher für ein Lockerlassen. Aber bei einem Diplomaten wie Clemenceau kann man eigentlich nicht mit Bestimmtheit sagen, ob es sich um einen Fehltritt oder eine List handelt. Er wollte Wilson im ersten Augenblicke vor seinen eigenen Karren spannen. Der Streich mißglückte. Jedenfalls wurde aber die Persönlichkeit Wilsons gleich in den Brennpunkt des Meinungsstreites gestellt, während Clemenceau zunächst nur als „gehorsamer Gefolgsmann Wilsons" erschien... Für Clemenceau geht es jetzt ums Ganze. Er darf die Prüfung und teilweise Abänderung der territorialen Bedingungen nicht zum Nachteile Frankreichs geschehen lassen. Auf dem Spiele steht die Ueberlassung des Saar-Gebietes an Frankreich, die militärische und finanzielle Kombination Tardieus in Polen, die „friedliche Durchdringung" des deutschen Rhein-Gebietes. Auf dem Spiele steht ferner die Zusammenraffung aller aus Deutschland herauszupressenden Geldentschädigungen, die Bewältigung wirtschaftlichen Lebens durch systematische Einmengung der Entschädigungskommission in rein deutsche Angelegenheiten. Auf dem Spiele steht, mit einem Worte, das Monsterprogramm der französischen Imperialisten, die in den Boulevardblättern den „Vormarsch der französischen Kultur bis rechts vom Rhein" bejubeln. Die Militärs klammern sich fest an Clemenceau, weil sie in dem Greise, der „den Krieg machte und nichts andres als den Krieg machen wollte", ihren besten Beschützer erblicken.

Clemenceau hat es nicht leicht. Seine Kraftprobe soll das ganze militaristische und imperialistische Frankreich retten, über den stark aufflammenden Sozialismus einen Sieg erfechten. Viel, sehr viel erwartet man von dem greisen Kämpen. Es regen sich da und dort Zweifel. Freunde Clemenceaus mahnen zur Vorsicht. Sie meinen, daß „der Bogen nicht zu straff gespannt werden dürfe". In dem Blatte „Avenir" („Zukunft"), das sich zu Clemenceaus Richtung bekennt, wird gesagt: „Wir hoffen, daß die Volksmasse das Vorgehen des Ministerpräsidenten billigen wird. Was nützt uns ein zahmer Friede? Wir müßten in diesem Falle noch höhere Steuern zahlen. Doch die Gefahr ist groß, daß Clemenceau gegen Wilson und Lloyd George nicht unversöhnlich bleiben wird. Die Vereinigten Staaten sind unsre Geldgeber, England soll uns für die Zukunft Bundesgenosse sein. Da lassen sich die Dinge nicht bis zum äußersten durchsetzen." Ein andres Organ, der radikalsozialer „Happel", erinnert den Ministerpräsidenten daran, er müsse sich für seine Kraftprobe mit besseren Sachverständigen versehen. Es wird nämlich darauf hingewiesen, daß die französische Delegation von den englischen und amerikanischen Fachausschüssen einige Male auf „Irrtümer" aufmerksam gemacht worden sei. „Wir erfreuen uns bei den Kommissären der Vereinigten Staaten besonderer Mißachtung", spöttelte ein Pariser Sozialistenblatt.

Mit ungeheurer Spannung sieht die gesamte Bevölkerung Frankreichs dem Ergebnis der Viererratkonferenzen, in denen Clemenceau seinen Streit austragen soll, entgegen. Die Zensurlücken in den Zeitungen genügen den kundigen Thebanern, um sich von dem Umfange der Kraftprobe, deren Phasen Clemenceau nicht zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gelangen läßt, vollkommen zu überzeugen. Die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen. Vorderhand glaubt Clemenceau noch an das Gelingen seiner Kraftprobe, denn er läßt die Presse gegen Konzessionsabsichten der Engländer aufmarschieren. Das einzige Zugeständnis bleibt für ihn die „Modifizierung einiger Einzelheiten". Mit den nationalistischen Zeitungen wird Clemenceau sehr schwer fertig werden, denn die Hetzer beginnen schon jetzt zu schreien und rufen Verrat. Sie peitschen den „Tiger" zum Endkampfe auf und warnen ihn drohend vor „Unterhandlungen mit dem Erbfeinde"...

•

Eine Niederlage

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten ☞-Sonderberichterstatters)

Versailles, 14. Juni

Clemenceau hat gestern eine Schlappe erlitten. Trotz seinen Vorhaltungen, keine Zeit mehr zu verlieren und die Antwortnote spätestens Sonnabend morgen den Deutschen zu übergeben, beschloß der um Japans Vertreter verstärkte Viererrat die Einsetzung eines fünfköpfigen Revisionsausschusses. Der Antrag, einen solchen Ausschuß zu bilden zur gründlichen Nachprüfung aller gewährten Zugeständnisse, kam von Lord Cecil in der vorigen Woche. Damals wurde Cecil überstimmt. Lloyd George unterbreitete gestern beim ersten Erscheinen des japanischen Vertreters dem Viererrat, dem Orlando vor der Abreise noch beiwohnte, den Vorschlag zum zweiten Male, bloß in einer leicht veränderten Form. Drei Stimmen wurden für sofortige Einsetzung des Ausschusses abgegeben, so daß Clemenceau unterlag. Ueber die Zusammensetzung des Ausschusses kann gesagt werden, daß der englische Vertreter Kerr ein Intimus von Grey ist. Der amerikanische Vertreter Hudson gilt für einen ausgesprochenen Franzosenfreund. Die Aufgabe des Ausschusses ist es, die Modifikationen nicht nur nachzuprüfen, sondern sie mit dem Friedensentwurf in Einklang zu bringen.

•

✝ Bern, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Hier verlautet das unkontrollierbare Gerücht, daß die Regierung Clemenceau gestürzt sei.

•

Transportarbeiter bei Clemenceau

× Paris, 14. Juni. Eine Abordnung der Transportarbeiter wurde am Freitag von den Behörden empfangen. Clemenceau ersuchte die Abordnung, den Streik mit allen Mitteln beizulegen.

•

Gegen „preußische Propaganda" im Rheinland

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten ☞-Sonderberichterstatters)

Versailles, 14. Juni. Pariser nationalistische Abendblätter klagen darüber, daß die Engländer zur jüngsten Reise des Grafen Rantzau nach Köln ihre Zustimmung gegeben hätten. Damit würden sie der Berliner Regierung Gelegenheit geboten haben, ihre „preußische Propaganda" im Rheinland zu verstärken. Es sei auch sehr zu bedauern, daß die britische Zensur den Abdruck der deutschen Note über die Vorgänge im Rheinland zugelassen hätte.

Japanfeindliche Unruhen in China

Die Ansprüche Japans auf Nachfolgerschaft der durch Deutschlands Niederlage erledigten Rechte in China an Tsingtau und Schantung haben zu großen Unruhen in China und Proteststreiks geführt. Die Führer der nationalistischen antijapanischen Bewegung in China sind die Studenten, der Hauptsitz ist Schantung. Ueber den Stand der Bewegung liegen heute folgende Meldungen vor:

× **Amsterdam**, 14. Juni. Dem „Telegraaf" zufolge meldet der Vertreter der „Times" aus Schantung vom Montag: Der Streik dauert fort. Läden und Märkte sind geschlossen. Auch die Chauffeure und Dockarbeiter sind ausständig. Die Studenten haben eine Kundgebung veröffentlicht, worin sie die Verwerfung der Forderungen Japans und entsprechende Bürgschaften dafür verlangen, daß Tsingtau und die deutschen Rechte auf Schantung an China zurückfallen. Die Studenten appellieren an die Freundschaft der Alliierten und weisen darauf hin, daß der Militarismus im fernen Osten nicht nur für China eine Gefahr ist. Ueber den chinesischen Teil von Schantung wurde der Belagerungszustand verhängt.

× **Schanghai**, 10. Juni. (Reuter.) Die Studenten terrorisieren alle Arbeiter. Diese sind entweder im Streik oder drohen damit. Der Staatsrat trifft vorläufige Maßnahmen. Aber die japanische Intervention scheint dennoch unvermeidlich.

× **Peking**, 12. Juni. (Reuter.) Die Regierung hat beschlossen, die Abdankung des Verkehrsministers, des Generaldirektors für das Münzwesen und des chinesischen Gesandten in Tokio anzunehmen. Alle drei gelten für äußerst japanfreundlich. Damit wird wahrscheinlich die Beendigung der Unruhen erreicht sein.

Es ist einer der Treppenwitze der Weltgeschichte, den wir hier miterleben. — In Paris, wo augenblicklich die Nervenstränge der ganzen Kulturwelt zusammenlaufen, streitet man sich um das Recht der Minderheiten, bemüht sich, dem kleinsten Städtchen und Völkchen, die erst ein Städtchen werden wollen, Zuwachs zumutzen unterlegener Großstaaten zu verschaffen, und dünkt sich dabei wer weiß wie gerecht zu sein. Zugleich aber vergewaltigt im fernen Osten — von uns wollen wir gar nicht reden — einer der Teilhaber am Weltfriedenskongreß, ein wohlgepanzerter Zwerg seinen riesenhaften Nachbar, ohne einen Schein von Recht auf Ansprüche zu besitzen, nur weil er militärisch der Ueberlegene und der andre ohnmächtig ist. — Was können wir da Gerechtigkeit für uns beanspruchen? Was können wir von einem Völkerbund, der solches Unrecht duldet, erwarten! — **Das ist kein Völkerbund, das ist ein Imperialistenbund, rohelste Ausübung der Macht!**

Generalstreik in Deutsch-Böhmen

Die Wahlen in der Tschecho-Slowakei

T. **Aussig**, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **Ganz Deutsch-Böhmen und das Sudetenland stehen heute im Zeichen des eintägigen Generalstreiks und des Standrechtes. Den Generalstreik haben die nationalsozialistischen Arbeiter in ihrer letzten Aussiger Tagung zum Protest gegen die unerhörten Friedensbedingungen für Deutsch-Oesterreich beschlossen und führen ihn heute durch. Das Standrecht ist nach den Erklärungen des Finanzministers Raschin eine Folge dieser Proklamierung. Der Finanzminister hat in einer Versammlung erklärt, daß es eine zweite Gefahr für die junge „freie" Republik gebe, das sind die 3½ Millionen Deutschen, die sich nicht ohne weiteres mundtot machen lassen wollen und für den Zusammenschluß aller Deutschen und den Anschluß an Deutschland agitieren. Gegen diese Propaganda richtet sich nach der Erklärung des tschechischen Finanzministers der Ausnahmezustand, der über ganz Tschecho-Slowakien verhängt wurde. Gleichzeitig wurde die Vorzensur verfügt. Die Zeitungen, namentlich die deutschen, werden verhindert, ihre Meinung frei zum Ausdruck zu bringen und, was besonders ins Gewicht fällt, für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien und den Anschluß an Deutschland einzutreten. Dieses Gespenst läßt die Herren Klofac, Kramarcz und Raschin ebensowenig zur Ruhe kommen wie die Ereignisse in der Slowakei und die morgigen Wahlen, die ja über ihr Bleiben und Gehen entscheiden werden. Die tschechische Besatzungsmannschaft in Deutsch-Böhmen hat bedeutende Verstärkungen erhalten. Bis jetzt ist alles ruhig verlaufen, doch ist es leicht möglich, daß es bei der erhitzten Stimmung der Bevölkerung zu Zusammenstößen kommt. Zum erstenmal wird das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht in Anwendung kommen, und so dürften die Wahlen ein wahres Bild über das Kräfteverhältnis der Parteien geben. Es gibt eben nur ein Mittel zur Herstellung der Ruhe: das Selbstbestimmungsrecht.**

Blutiger Zusammenstoß in Zürich

× **Zürich**, 14. Juni. **Die Arbeiterunion berief Freitag abend eine Versammlung ein zum Gedächtnis Rosa Luxemburgs. Nach verschiedenen Ansprachen wurde mitgeteilt, daß der Arbeitersekretär Konrad Wyß vor zwei Tagen an der schweizerischen Grenze verhaftet und in das Bezirksgefängnis Kürich gebracht wurde. Hierauf zog die Menge vor das Gefängnis und stürmte es. Die Bedeckungsmannschaften des Gefängnisses eröffneten das Feuer, das in gleicher Weise von der Menge erwidert wurde. Der Arbeitersekretär Wyß wurde schließlich von dem Gefängnispersonal freigegeben, worauf der Tumult sich legte. Bis 12 Uhr nachts wurden 16 Verwundete in das Kantonspital Kürich eingeliefert, von denen zwei bis heute gestorben sind.**

✝ **Basel**, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) **In Zürich kam es in der Nacht zum Freitag in der von der Arbeiterschaft veranstalteten Gedächtnisfeier für Rosa Luxemburg zu Ausschreitungen schwerster Art. Die Menge versuchte den verhafteten Arbeitersekretär Wyß zu befreien. Das Hauptportal des Bezirksamtes wurde eingeschlagen und der Seiteneingang durch Bombenwürfe gesprengt. Dann wurde Feuer an das Gebäude gelegt. Ein Steinhagel zertrümmerte außerdem sämtliche Fensterscheiben. Von der Wachmannschaft wurde schließlich scharf geschossen, wobei zahlreiche Personen verwundet wurden. Man spricht auch von vier Toten. Zwei sind bisher amtlich festgestellt. Der verhaftete Wyß wurde freigegeben. Die Aufregung in der Züricher Bevölkerung ist ungeheuer. Auch in den andern schweizerischen Städten fanden Gedächtniskundgebungen für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht statt. Bis jetzt liegen weitere Mitteilungen über Zwischenfälle ernster Art nicht vor.**

Heißer Boden in Italien

sch. **Lugano**, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) **Die beschleunigte Rückkehr Orlandos nach Rom ist durch die Demission der Minister, besonders aber durch die verschlimmerte innere Lage veranlaßt, die von der Presse der Opposition in den düstersten Farben geschildert wird. Tatsächlich bekunden immer weitere Erwerbskreise eine erbitterte Unzufriedenheit mit den wachsenden öffentlichen Uebelständen und mit der Untätigkeit der Regierung. Die Streiks nehmen lawinenartig zu, wobei mehrfach blutige Zusammenstöße stattfinden. Der König soll geäußert haben: „Der Boden beginnt uns unter den Füßen heiß zu werden." Der frühere Finanzminister Nitti, der Hauptkandidat unter den Nachfolgern Orlandos, plant eine große Oppositionsrede in der Kammer, die am 19. Juni zusammentritt.**

Putschversuche in Wien geplant?

+ **Wien**, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die in Wien befürchteten kommunistischen Putsche sollen nach einem Gerücht auf Montag verschoben worden sein. Gestern ist der neugewählte Kreisarbeiterrat Wiens zu einer konstituierenden Sitzung zusammengetreten, wobei Friedrich Adler eine Trauerrede für Rosa Luxemburg hielt. Dann wurde mit 235 gegen 27 Stimmen und bei sechs Stimmenthaltungen eine Kundgebung gegen die beabsichtigten kommunistischen Putschversuche in Wien beschlossen. Diese Kundgebung wird heute von der „Arbeiterzeitung" veröffentlicht und trägt die Unterschriften der beiden Vorsitzenden des Kreisarbeiterrates Friedrich Adler und Franz Ziegler. Bekanntlich waren zu den Wahlen in die Arbeiterräte Deutsch-Oesterreichs nur die zur sozialistischen Partei gehörigen Arbeiter stimmberechtigt. Es ist interessant, aus der gestrigen Sitzung des Wiener Kreisarbeiterrates festzustellen, welche gewaltige Mehrheit die reine Sozialdemokratie besitzt, und daß die kommunistische Richtung kaum über den zehnten Teil der Sitze verfügt.

Phantasiestücke in Ballods Manier

Von Privatdozent Dr. Ernst Günther (Gießen)

Aus der Fülle der Verbesserungsvorschläge, die Ballod für die Industrie aufstellt, kann nur einiges hervorgehoben werden. Wir hatten schon früher gesehen, wie er auf Grund der Kostenanschläge von Werner u. Pfleiderer die Bäckerei auf eine neue Grundlage stellte. Er sparte dabei ¾ der Arbeitskräfte, und er spart noch viel mehr an Kohlen. Aber der Kostenanschlag einer einzelnen Firma, selbst wenn es sich um ein so altangesehenes Unternehmen handelt, scheint doch eine etwas zu schmale Grundlage für den Neuaufbau eines ganzen Gewerbes. Die Berechnungen selbst der solidesten Firmen haben leicht die Neigung zu Optimismus und versprechen oft etwas, was später die Betriebspraxis nicht halten kann. Es ist deshalb sehr gut, wenn die theoretischen Kostenberechnungen an der praktischen Erfahrung noch einmal nachgeprüft werden. Nicht, was eine gedachte Brotfabrik vielleicht leisten könnte, sondern was eine bestehende Brotfabrik wirklich geleistet hat, ist das Entscheidende. Ballod hätte, statt sich aus der Literatur einen Idealbetrieb zu konstruieren, lieber die in Berlin bestehenden Großbäckereien sich einmal ansehen, ihre Betriebsergebnisse prüfen sollen. Wahrscheinlich wäre er dabei zu etwas andern Schlüssen gekommen. Ballod nimmt auf Grund seiner Kostenanschläge an, daß ein Kilogramm Kohle genügt, um zehn Kilogramm Brot zu backen; in der Praxis sind die Ergebnisse längst nicht so günstig. Dresden hat von jeher eine Anzahl großer, wirklich leistungsfähiger Brotfabriken gehabt, aber wenn wir die sieben größten Dresdner Betriebe betrachten, so finden wir, daß sie mit einem Kilogramm Kohle nur vier bis acht Kilogramm, im Durchschnitt fünf Kilogramm Brot erbacken haben. Der Kohlenverbrauch war also genau noch einmal so hoch als Ballod annimmt. Allein die Berichtigung dieses einen kleinen Rechenfehlers bedingt also, wenn wir — wohl mit Recht — annehmen, daß Ballod in der Weißbrotbäckerei ähnlich optimistisch geschätzt hat, einen Mehrverbrauch von rund einer Million Tonnen Kohlen!

In der Fleischerei geht Ballod von den Riesenbetrieben in Chicago aus. Wer Upton Sinclairs „Sumpf" gelesen hat, wird diese Betriebe eigentlich kaum für nachahmenswerte Muster halten. Und vor allem paßt ihr Beispiel nicht auf unsre deutschen Verhältnisse. In den amerikanischen Schlächtereien sind Hunderte von Arbeitern beschäftigt, die Arbeitsteilung und Maschinenanwendung ist deshalb auf das äußerste getrieben. Da aber Ballod aus guten Gründen nicht nur 10—20 Riesenschlächtereien errichten will, sondern 800 Schlächtereien über das ganze Land verteilt, so kommen nur 25 Schlächter auf den Betrieb, und bei 25 Personen läßt sich natürlich die Arbeitsteilung nicht entfernt so weit durchführen wie bei 250 oder 500. Ballod hätte auch hier seine Unterlagen, statt aus ein paar alten Drucksachen, aus dem praktischen Leben entnehmen sollen. Eine der leistungsfähigsten Großschlächtereien, die wir in Deutschland haben, ist die des Konsumvereins „Produktion" in Hamburg. In einem Ballodschen Normalbetrieb schlachten und verarbeiten 25 Schlächter jährlich 54 000 Schweine und 11 250 Rinder, bei der „Produktion" in Hamburg waren im Jahre 1910 außer den Hilfsarbeitern 100 Schlächter beschäftigt, und sie verarbeiteten, selbst wenn wir das auswärts geschlachtete Vieh mit einrechnen, im ganzen [illegible] 20 000 Schweine und 8000 Rinder, d. h. die vierfache Menschenzahl leistete nur etwa den dritten Teil der Arbeit. Ballod hat also die Produktivität der Arbeit zwölfmal so hoch angesetzt, als sie in ganz modernen Großbetrieben wirklich ist. Wir begreifen, daß auf diese Weise nur wenig Leute im Zukunftsstaate gebraucht werden, aber wir bezweifeln auch, daß sie die ungeheure Arbeit wirklich werden leisten können, die Ballod ihnen zumutet.

Besonders genial ist die Ballodsche Beweisführung bei der Papierfabrikation. Da wird zuerst ohne irgendwelche Unterlagen behauptet, daß die amerikanische Papierproduktion wahrscheinlich drei- bis viermal so hoch sei als die deutsche; daraus wird geschlossen, daß die Amerikaner natürlich viel vorteilhafter arbeiteten als wir, und flugs werden 80 Prozent unsrer Arbeiterschaft gestrichen. Da Ballod im Kriege etwas von Abfallverwertung gehört hat, gibt er noch den guten Rat, das alte Papier nicht wegzuwerfen, sondern möglichst wieder zu verwenden, als ob das die Papiermacher nicht seit langen Jahren wüßten. Um Kohle zu sparen, werden die Ballodschen Papierfabriken nur mit auf rätselhafte Weise aus deutschen Strömen gewonnener Wasserkraft bzw. aus dieser erzeugtem elektrischen Strom angetrieben. Davon, daß das Papier auch getrocknet werden muß und daß dafür mindestens ebensoviel Kohlen gebraucht werden wie für die Betriebsdampfmaschinen, weiß Ballod offenbar nichts; aber durch dieses kleine Versehen erspart sein Zukunftsstaat wieder einmal mindestens eine Million Tonnen Kohlen im Jahre.

In der Textilindustrie vergißt Ballod ganz, irgendwelche Arbeiter für die Strumpfwarenfabrikation einzustellen. Er erspart auf diese einfache Weise wieder gegen 100 000 Leute, was um so erfreulicher ist, als er dadurch doch nicht verhindert wird, seinen Zukunftsstaatsbürgern die gar nicht von ihm fabrizierten Strümpfe mit rund 3¾ Milliarden Mark in Rechnung zu stellen.

Es wäre zwecklos, die andern Industrien der Reihe nach aufzuführen, wobei der Fachmann sicher überall die gleichen Unmöglichkeiten finden würde. Aber selbst wenn einmal zufällig eine Zahl, die Ballod anführt, richtig wäre, so würde das an unserm Urteil nicht viel ändern. Nicht auf die einzelne Zahl kommt es an, sondern auf das ganze System. Während Hunderttausende, ja Millionen täglich ihre ganze Kraft einsetzen, um auf wirtschaftlichem Gebiete ihr Bestes zu leisten, die wirtschaftliche Arbeit möglichst erfolgreich zu gestalten, tritt auf einmal Herr Professor Ballod auf und gibt nicht etwa nur einer einzelnen Industrie, gestützt auf Spezialstudien und langjährige Erfahrungen, einen guten Rat, sondern er ist ein Universal-

Vgl. auch die Artikel in Nr. 147, 181 u. 198 der D. N. N.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1919061502/1